

Es bleibt beim Zwei-Jahres-Etat

Haushaltsberatungen gestern im Hauptausschuss / Nur wenig Änderungen

Von Henning Zorn

Baden-Baden – In einer Marathon-Sitzung nahm der gemeinderätliche Hauptausschuss gestern den Entwurf für den ersten Baden-Badener Doppelhaushalt unter die Lupe. Dabei hatten die Stadträte zwar viele Fragen, doch es gab nur wenige Abweichungen von den Planungen der Verwaltung.

Die größte Änderungs-Initiative kam gleich zu Beginn zur Sprache, denn für die SPD hatte Kurt Hochstuhl beantragt, keinen Doppelhaushalt zu verabschieden. Da noch immer die nötigen Basiszahlen im Rahmen einer geprüften Eröffnungsbilanz fehlten, solle man nur einen Etat für 2016 beschließen. Alles andere hieße, „Nichtwissen durch Irrtum“ zu ersetzen. Für die FBB schloss sich Tilman Schachtschneider der Forderung an. Armin Schöpflin (CDU), Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler), Rolf Pilarski und Beate Böhlen (Grüne) unterstrichen zwar auch die Bedeutung einer Eröffnungsbilanz, wollten aber am Doppelhaushalt festhalten.

Kämmerer Thomas Eibl betonte, dass man noch in die-



Mehr als 1000 Seiten „Daumenkino“: Städtischer Haushaltsplan 2016/17.

Foto: Holzmann

sem Jahr eine geprüfte Bilanz vorlegen werde. Er sprach sich nachdrücklich für einen Doppelhaushalt 2016/17 aus. Falls es im Lauf der Zeit zu Abweichungen von der Planung komme, könne man mit einem Nachtragshaushalt regulierend eingreifen. Letztlich wurde der SPD-Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ansonsten wurden gestern im Hauptausschuss beim Durchblättern der mehr als 1000 Seiten des Etatentwurfs, die deutlich machen, wofür die Stadt rund 220 Millionen Euro (2016) beziehungsweise fast

232 Millionen Euro im Jahr darauf aufwenden will, viele Themen angesprochen.

Gleichstellungsstelle: Beate Böhlen forderte, diese Stelle im Rathaus wieder zu besetzen. Schließlich gebe es dafür einen kräftigen Landeszuschuss. OB Mergen wies darauf hin, dass die Gleichstellungs-Aufgaben nun Teil eines umfassenderen Zuständigkeitsbereichs einer Stelle für „Diversity Management“ im Personalamt seien. Der Antrag Böhlens fand keine Mehrheit.

Wärmeversorgung: Wo immer in öffentlichen Gebäuden

(Theater, Rathaus, Schulen) in der Kurstadt Erneuerungen der Heizungsanlagen anstehen, soll auch der Anschluss an die Nah- beziehungsweise Fernwärmeversorgung geprüft werden. Dies forderte Günter Seifermann (Grüne).

Gemeinsame Feuerwehrleitstelle: Bei der Zusammenlegung der Feuerwehrleitstellen Rastatt und Baden-Baden habe man aufgrund der Vorgaben des Gesetzgebers keinen Spielraum, sagte Bürgermeister Werner Hirth. Diese gemeinsame Leitstelle werde wohl in Rastatt sein. Zuvor hatte Armin Schöpflin gefragt, ob man sich aus dieser Planung nicht zurückziehen könne.

Wohnungsbau: Abgelehnt wurde der Antrag von Beate Böhlen, die kommunale Wohnbauförderung um 500 000 Euro auf eine Million Euro zu erhöhen.

Stadtgeschichte: Mit ganz knapper Mehrheit stimmte das Gremium einem Antrag von Kurt Hochstuhl zu, 10 000 Euro im Haushalt einzusetzen, um den Startschuss für ein Projekt zu geben, das zur Veröffentlichung einer modernen Stadtgeschichte Baden-Badens führen soll.

◆ **Augenblick mal!**